

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheinung
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insetionspreis: die
kleinstmögliche Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 25 Pf. einschließl.
des „Aust. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unseren Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannedohn in Eibenstock.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Dannedohn in Eibenstock.

N^o 35.

54. Jahrgang.

Donnerstag, den 21. März

1907.

Brandversicherungsbeiträge betr.

Die Brandversicherungsbeiträge auf den 1. Termin 1907 — 1. April — sind nach je einem Pfennig für die Einheit bei der Gebäudeversicherungsabteilung und nach je ein und einem halben Pfennig für die Einheit bei der freiwilligen Versicherungsabteilung nebst den fälligen Stückbeiträgen bis spätestens

zum 8. April 1907

bei Vermeidung der zwangsweisen Einziehung an die hiesige Stadteinkommensteuerabteilung zu entrichten.

Stadttrat Eibenstock, am 18. März 1907.

Hesse.

Schönfelder.

Handelschule zu Eibenstock.

Die diesjährigen mündlichen Osterprüfungen finden Freitag, den 22. März, nachmittags 4 Uhr im Saale des Kunst- und Handelsschulgebäudes statt.

Prüfungsordnung:

4 Uhr — bis 4 Uhr 20: Kl. III. Korrespondenz, Philippus.
4 „ 20 „ 4 „ 40: Kl. II. Rechnen,
4 Uhr 40 bis 5 Uhr 10: Kl. I. Zusammenhängende kaufm. Uebungen (Musterkontor).
Algen.

An die Prüfungen schließen sich an: Deklamationen der Schüler. Erstattung des Jahresberichtes. Belobigung und Prämierung von Schülern. Entlassung der abgehenden Schüler. Die Behörden, die Herren Chefs, die Eltern der Schüler, sowie alle Freunde der Schule werden zu diesen Veranstaltungen ergebenst eingeladen.

Der erste Vorsitzende des Schulvorstandes:
Max Ludwig.

Der Direktor:
Rudolf Algen.

Am 20. März 1907 war der 1. Termin der diesjährigen Land- und Kulturrententaxen fällig. Es wird dies mit dem Bemerkten erinnert, daß nach Ablauf der zur Zahlung nachgelassenen achtägigen Frist gegen etwaige Restanten im Wege der Zwangsvollstreckung vorzugehen ist.

Ortssteuereinnahme Schönheide.

Die Rede unseres Abgeordneten Herrn Dr. Strefemann,

welche er am 14. ds. Mts. im Reichstage hielt, hat nach dem amtlichen stenographischen Bericht folgenden Wortlaut:

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Sittart, der im Namen der Zentrumspartei zu der heutigen Interpellation sprach, hat, wenn ich ihn recht verstanden habe, ausgeführt, daß die Sache, hinter der ja alle Parteien des Reichstages stehen, dann die Besteuerung der Arbeiter wäre, wenn möglich der fraktionelle Wettbewerb ausgeschaltet werden könnte. Diese Mahnung ist gewiß berechtigt, aber Herr Kollege Sittart hat ihr selbst nicht entsprochen. Er hat darauf hingewiesen, daß er in diesem hohen Hause zuerst die Anregung gegeben habe, sich mit der Frage der Pensionierung der Privatbeamten zu beschäftigen, und hat dann hinzugefügt, daß diese keine Anregung seien, sondern im Hause gefunden habe. Erst als die Wahlen vor der Tür gestanden hätten, wäre auch ein national-liberaler Antrag dahin über diese Materie eingereicht worden. Es könnte daraus geschlossen werden, daß der damalige Antrag meiner Parteifreunde lediglich auf die Wirkung nach außen hin berechnet gewesen und nicht aus rein sachlichen Erwägungen eingegangen wäre. Das möchte ich im Namen meiner Freunde ganz entschieden zurückweisen. Ich glaube, daß die Haltung der national-liberalen Fraktion gerade in den Fragen der Sozialpolitik und die Tätigkeit des Führers unserer Fraktion, des Herrn Abgeordneten Wasser- mann, gerade in Bezug auf sein Eintreten für jene großen Schichten der Handelsgeschäfte und sein Eintreten dafür, daß die Sozialpolitik nicht nur eine Sozialpolitik für die Arbeiter, sondern auch eine Sozialpolitik für die Privatangestellten sein müsse, — ich sage, daß alles dies die national-liberale Fraktion hervor schälen sollte, daß man ihr einen derartigen Vorwurf macht. (Sehr richtig! bei den National-liberalen.)

Meine Herren, ich muß mich aber weiter gegen eine Verballung wenden, die der Herr Kollege Sittart gegen eine industrielle Organisation gerichtet hat, der ich nahe stehe. Er hat mit Bemächtigung hervorgehoben, daß die Begründung der Interpellation in den Händen des Herrn Abgeordneten Freiherrn Hept zu Hermsheim gelegen habe, also in den Händen eines Arbeitgebers und Geschäftsmannes. Der von ihm ausgesprochenen Meinung wird, daß er Beiträge dazu zu leisten hat, und er hat hinzugefügt, er könne wohl aussprechen, daß die Kreise der Handelskammern bisher Wohlwollen für diese Materie nicht immer gezeigt hätten, und daß der Bund der Industriellen sich den Herrn Freiherrn v. Hept zum Muster nehmen möge. Nun, meine Herren, habe ich mich seit Jahren bemüht, gerade in industriellen Kreisen Interesse für diese Frage zu erwecken. Ich habe gerade in dem Bund der Industriellen über die staatliche Pensionierung der Privatangestellten gesprochen, und ich kann mit Bemächtigung festhalten, daß der Bund der Industriellen und der ihm angeschlossenen Verband der sächsischen Industriellen, dem über 3000 Unternehmer angehören, sich durchaus für die staatliche Pensionierung ausgesprochen hat. (Hört! hört!) Meine Herren, die sächsischen Industriellen hatten die Absicht, zunächst aus eigener Initiative für das große Gebiet des Königreichs Sachsen eine private Pensionskasse zu schaffen. Sie gaben diesen Gedanken auf, weil sie sich gesagt haben, daß die private Initiative niemals das wird erreichen können, was uns die staatliche Gesetzgebung geben kann, und sie haben, wie die Herr Kollege Vorherr erwähnte, wohl als erster Unternehmerverband einstimmig eine Resolution angenommen, in der sie die Beibringung der Herbeiführung einer staatlichen Pensionsversicherung mit Bemächtigung begrüßen, sich durchaus damit einverstanden erklären, auch die Kosten, die ihnen daraus entstehen, auf ihre Schultern zu nehmen und jedenfalls am Besten Zustandekommen dieses Gesetzes über- zeugt mitzutragen.

Nun möchte ich bei der heutigen Debatte und in dem jetzigen Stadium der Verhandlungen nur zwei Gesichtspunkte berühren, die meiner Meinung nach im Laufe der heutigen Verhandlungen noch nicht die gebührende Würdigung gefunden haben. Darin stimmen wohl alle Parteien überein, daß vom Standpunkte der Privatbeamten aus ein Lebensinteresse an der Regelung dieser Frage vorliegt. Aber ich glaube, wir können eine so wichtige Frage, ein durch dieses Gesetz bedingtes Fortschreiten der Sozialpolitik nicht lediglich von dem Gesichtspunkte der zunächst davon Betroffenen betrachten; denn wir sind hier nicht Berufsvertreter, sondern Vertreter des ganzen Volkes, und wir müssen uns auch die Frage vorlegen, ob das Staatsinteresse und dieselben Wege weist, und ich glaube, wir können auch die eine Frage zum mindesten erörtern, ob die Unternehmerschaft, die hier zu dem Kosten beizutragen hat, in der Lage ist, diese Kosten auf sich zu nehmen, ob diese materiellen Lasten ausgenommen werden durch ideole Vorteile, die jedenfalls aus diesem Gesetz für die weitesten Kreise auch der Unternehmerschaft hervorgehen. (Sehr richtig! bei den National-liberalen.)

Meine Herren, ich möchte diese beiden Gesichtspunkte unbedingt betonen. Es ist im Laufe der heutigen Verhandlung oft ein Wort ausgesprochen worden, das, wenn ich mich recht entsinne, Herr Professor Schmoller geprägt hat in einer Rede, in der er jene wirtschaftliche Entwicklung und das dazugehörige, d. h. sich in den letzten Jahren vollzogene hat, das Wort vom „neuen Mittelstand“, und es war ja Professor Schmoller, der damals auch äußerte, daß in diesem neuen Privatbeamtenstand der Kern dieses neuen Mittelstandes enthalten sei. Nun, meine Herren, haben wir in den letzten Jahren — eine Entwicklung sich vollziehend, die wir zwar nicht wie der erste- stehende Kollege Schömann eine ökonomische Revolution, aber doch eine ökonomische Evolution nennen müssen von weitestgehender Tragweite. Es ist bei den Verhandlungen über den Zolltarif von Argierensseite hier einmal gesagt worden, Deutschland sei Agrarstaat und Industriestaat. Ich glaube, die Verhältnisse haben sich dahin entwickelt, daß wir zum überwiegenden

Industriestaat geworden sind. Das mag seine guten Seiten haben; es beruht gewiß darauf ein Teil der wirtschaftlichen Entwicklung, ein Teil des wachsenden Wohlstandes unseres Vaterlandes. Aber diese Entwicklung hat auch ihre Schattenseiten. Diese Schattenseiten sehe ich darin, daß die Zahl der selbständigen Existenzen immer mehr zurückgeht. Wir haben zuerst die große Schicht der Lohnarbeiter gesehen, die Jahr für Jahr größer wird, denn es unmöglich ist, so wie früher in die Selbständigkeit hinaufzusteigen. Wir sehen jetzt einen neuen Stand sich emporentwickeln, für den die Existenzbedingungen ganz ähnlich liegen, wie sie früher für die Arbeiterklasse lagen. Wenn wir die soziale Gesetzgebung, deren Jubiläum wir im vorigen Jahre begingen, recht erfassen, so möchte ich sagen: sie hat nicht nur einen neuen Gedanken hineingeworfen in unser staatsrechtliches Denken, daß der Staat nicht nur dazu da sei, für Leben und Eigentum der Bürger zu sorgen, sondern auch dem Schwachen eine Hand zu reichen, auf die er sich stützen könne, wenn die Fäden des Lebens über ihn hinwegschlagen, sondern es lag in dieser sozialen Gesetzgebung vor allem auch der eine große Gedanke, für die eingetragene Möglichkeit, einen selbständigen Erwerb zu schaffen, ein Korrelat zu bieten durch die Einbeziehung in diese soziale Gesetzgebung. (Sehr gut! bei den National-liberalen.) Dadurch, daß wir Zwecke der Allgemeinheit und Mittel des Staates flüssig machen für große Teile unseres Volkes, die ihnen zugute kommen im Alter, dadurch sorgen wir dafür, daß der Einzelne gewissermaßen jene Bodenständigkeit sich wieder erwerbe, die ihm durch die wirtschaftliche Entwicklung verloren gegangen ist. Meine Herren, mit den Privatbeamten steht es ganz ähnlich wie damals mit den Arbeitern. In der Zeit der Bankkonzentration, in der Zeit, wo industrielle Unternehmungen sich verbinden zu großen industriellen Trusts, da ist die Möglichkeit für den Privatbeamten, zur Selbständigkeit aufzusteigen, denahe noch schwieriger als die Möglichkeit für den Arbeiter, zum Mittelstand, zur Selbständigkeit im Gewerbebetriebe und im Kleinhandel aufzusteigen (sehr richtig! bei den National-liberalen), und wenn die Voraussetzungen dieser- selben Seite flüssig gemacht werden. Dann können wir auch im allgemeinen erwaschen und meiner Meinung nach zwei Aufgaben: wir haben den selbst- ständigen Mittelstand, soweit er noch besteht, soweit er sich noch halten kann, mit allen Kräften zu schützen und zu fördern, und wenn ich über die Art dieser Förderung vielleicht mit manchen der Herren Kollegen von der rechten Seite nicht ganz übereinstimme, weil ich glaube, man soll die Selbst- hilfe neben der Staatshilfe nicht völlig vergessen. So, meine Herren, das Prinzip muß doch jedenfalls feststehen: dafür zu sorgen, daß nicht weiter jene übrig gebliebenen Schichten zwischen Geschäftskapital und Proletariat zer- rieben werden (sehr richtig! bei den National-liberalen), daß sie sich erhalten bleiben, weil sie mit den besten Teil unserer Volkskraft ausmachen. (Sehr wahr! bei den National-liberalen.) Man muß auch die soziale Psychologie beachten, man muß auch daran denken, was für eine Bedeutung es für unser ganzes Volkleben hat, ob der einzelne in selbständiger Stellung für sich wirkt, ob all das, was er, wenn er Landwirt ist, auf seinem Grund und Boden erwirbt, ihm und seinen Kindern zugute kommt, und ebenso im Gewerbebetriebe, oder ob er nur angeheilt ist, ob er das nur für fremde Hände tut. Denn ich glaube, die Energie und Initiative, die Anspannung der letzten Kerzentkräfte ist doch im ersteren Falle mit größerer Wahr- scheinlichkeit gegeben, und ich glaube, auch die Liebe zum Vaterlande, die Boden- ständigkeit ist in ersterem Falle mehr gewöhnlicher.

Wenn wir nun durch die soziale Gesetzgebung versucht haben, dem Kr- beiter einen Ersatz für diese verloren gegangene Selbständigkeit zu geben, so sollten wir es dem Privatbeamten gegenüber auch tun, und ich glaube mit voll- kommener Ueberzeugung aussprechen zu können, daß auch die deutsche Industrie, die ja diese wirtschaftliche Entwicklung zum Teil mit hervorgerufen hat, die ja zum Teil die Schöpferin dieses neuen Mittelstandes ist, der nicht mehr nur aus dem Konsum des Warenkäufers besteht, wie das vielfach und entgegengehalten worden ist, — ich glaube, daß auch die deutsche Industrie und der deutsche Handel ein Lebensinteresse daran haben, in dieser Frage zuzustimmen. (Sehr richtig! bei den National-liberalen.)

Meine Herren, wenn es irgendwelche Bedenken gegen unsere rasche Entwicklung zum Industriestaat gibt, so ist es wohl die eine Frage: was wird mit unserem Export in Deutschland? Wir sind heute dazu ange- wiesen, für viele Milliarden Waren an fremde Völker zu verkaufen, um wir jedes Jahr aufs neue zu werden, den müssen wir versuchen, regelmäßig wieder zu erlangen, und, meine Herren, wir sind dabei nicht in der glän- zenden Lage wie England. Wir haben heute noch keine Kolonien, die uns mit wichtigen Rohstoffen versehen, die als Abnehmer unserer Produkte so in Betracht kämen wie die englischen Kolonien. Wir sind auch geographisch nicht so glänzend gelegen, daß wir sagen könnten, wir haben durch diese geographische Lage die Ueberzeugung, daß es immer so bleiben muß. Wir verfügen keine Massengüter wie die Amerikaner, wir stellen keine Typen und Standardmuster dar, die in Millionen von Exemplaren nachher in die Welt gehen. Wodurch wir uns bisher von England abheben, das haben wir erhalten haben, das war, glaube ich, in wesentlichen unsere höhere kauf- männische Bildung, das war die tiefe technische Durchbildung der deutschen Industrie. (Sehr richtig! bei den National-liberalen.) Meine Herren, diese technische Durchbildung, die uns in die Lage setzt, Fertigwaren in höchster Qualität zu liefern und auf dem Weltmarkt dafür Abnehmer zu finden, was uns nur dadurch möglich, daß wir einen qualitativ so hochstehenden Stand von Privatbeamten hatten; denn, wenn man eine hohe Qualität von Waren liefern will, gehört auch eine hohe Qualität von Kräften dazu, um diese Waren herzustellen. Wir können heute als Arbeiter keine Qualität und können als Privatbeamte in unserer Industrie keine Qualität brauchen, die durch jene Unfähigkeit der Existenz in ihrer ganzen Initiative natur- gemäß zurückgedrängt werden. (Sehr richtig! bei den National-liberalen.)

Meine Herren, aus diesen Gründen hat meiner Meinung nach auch die deutsche Industrie ein Lebensinteresse daran, in dieser Frage mit ihren Angehörigen Hand in Hand zu gehen. Ich glaube, sie hat Gelegenheit, zu beweisen, und sie hat das durch ihre Rundgebung bewiesen, daß sie versteht, über die engen Wände des Kontors hinauszutreten, daß sie versteht ideole Werte auch einmal nach ihrer ganzen Bedeutung einzuschätzen. (Bravo! bei den National-liberalen.)

Das wollte ich gegenüber den Anweisungen des Kollegen Sittart hier ausdrücklich feststellen, daß der größte Teil der deutschen Industrie sich dieser Ehrenpflicht durchaus bewußt ist. (Sehr wahr! bei den National-liberalen.) Ich weiß sehr wohl, daß es einzelne Herren gibt, die nicht aus antisozialer Tendenz, sondern aus einem gewissen Festhalten an der alten Randes- auffassung jene Auffassung vertreten, die, wenn ich nicht irre, auch in dieser Debatte zum Ausdruck gekommen ist, daß sie sagen: wenn ihr dem einzelnen die Verantwortung nehmt, für sich und seine Nachkommen zu sorgen, dann nehmt ihr aus seinem Leben heraus die letzte Kraftspannung; sie kann er nur zu bewahren suchen, wenn er auch innerhalb des Lebens den Fä- higkeiten sich ausgeht sieht und diese Verantwortung trägt.

Aber, meine Herren, diese Verantwortung nehmen wir nicht heraus. Die Stellung des einzelnen ist ihm nicht garantiert. Ob er morgen seine Stellung noch hat, wird von seinen Fähigkeiten, wird von seiner Energie mit abhängen. Nur das eine wollen wir ihm sichern, daß er in die Zukunft gehen kann mit einer gewissen Berufsbildung, daß er nicht jenes niederdrückende Gefühl hat, daß die Bewertung seiner Persönlichkeit und seiner Arbeitskraft mit zunehmendem Alter geringer wird, daß er eines Tages, wenn vielleicht über alte Ehe zur Ruhe gegangen ist und die Söhne das Geschäft allein übernehmen, sich auf der Straße sehen und dann sich sagen muß, daß man jüngere Kräfte mehr schätzt als die seinige.

Wir wollen das, was an dem berechtigten Wettbewerb innerhalb der Privatbeamten liegt, durchaus erhalten. Wir wollen aber jenes Korre- lat der Sicherheit ihnen geben, und wir sind überzeugt davon, daß wir da- durch nicht ein Nachlassen der Initiative und Spannkraft, sondern eine Erhöhung und zum mindesten jenes Gleichbleiben erzielen werden, jene qualitative Hochstellung unseres Privatbeamtenstandes, die uns die heutige Stellung in der Weltwirtschaft überhaupt erst ermöglicht hat, und die wir erhalten müssen, wenn wir nicht den wachsenden Gefahren der industriellen Entwicklung mehr ausgeht sein sollen. (Verhaftes Bravo bei den National- liberalen.)

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Versuche, dem rein privaten Besuche des österreichisch-ungarischen Thronfolgers Erzherzogs Franz Ferdinand bei dem Deutschen Kaiser einen politischen Anstrich zu geben, bezeichnet ein Wiener Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ aus sicherster Quelle als haltlose Kombinationen. Die Reise des Thronfolgers war so privater Natur, daß weder die Postreise noch das Ministerium des Äußern noch die deutsche Botschaft etwas davon wußten.

— Die in der Thronrede angekündigte Vorlage, durch welche eine Einschränkung der Majestätsbeleidigungs-Prozesse herbeigeführt werden soll, ist in den Bundesratsausschüssen, wie die Liberale Korrespondenz hört, so weit vorbereitet, daß sie der Reichstag bei seinem Wieder- zusammentritt nach den Osterferien voraussichtlich vorfinden dürfte.

— Frankreich. Paris, 18. März. Dem Journal des Débats, welches kürzlich gerüchweise als Ursache der Jena-Katastrophe einen verbrecherischen Anschlag bezeichnete, wird aus Toulon berichtet, daß auf der Jena in der Munitionskammer der 42 Millimeter-Geschütze ein Leich- nam gefunden worden sei. Da der Zugang zu diesem Teile des Schiffes stets streng untersagt war, schließt man aus diesem Umstande, daß die Munitionskammer schlecht über- wacht war.

— Spanien. Der spanische Ministerpräsident hat bestätigt, daß König Alfons in Cartagena eine Zu- sammenkunft mit dem König von England haben werde und zwar in der Zeit zwischen dem 5. und 10. April.

— Madrid, 19. März. Der König von Sachsen ist heute mittag hier eingetroffen und am Bahnhof von König Alfons, dem Prinzen Karl, den Infanten Ferdinand und Rainer, sowie den Spitzen der Behörden empfangen worden. Nach dem Abscheiden der Ehrenwache, die aus einer Kompanie Jäger bestand, begaben sich die beiden Monarchen zu Wagen unter militärischer Eskorte nach dem königl. Schlosse. Truppen aller Waffengattungen bildeten Spalier. Ein zahlreiches Publikum begrüßte den König ehr-